

A n t r a g

der Fraktion der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 18/4300 –

Landeshaushaltsgesetz 2023/2024

Mitmachen, mitreden, mitbestimmen: Teilhabe und Beteiligung junger Menschen in Rheinland-Pfalz stärken

I. Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

Die vielen aktuellen Krisen – Corona, Angriffskrieg gegen die Ukraine, Klimawandel – fordern Kinder und Jugendliche ganz besonders. Deren sozialpsychologische Auswirkungen sind heute noch gar nicht in ihrer Dimension abzusehen. Umso mehr müssen die Situation und die spezifischen Bedürfnisse junger Menschen stärker in den Blick genommen werden. Teilhabe, Beteiligung und Mitbestimmung erweisen sich gerade jetzt als zentraler Aspekt für eine positive Lebensperspektive und Lebensgestaltung junger Menschen, als Resilienzfaktor. Sie sind ganz wesentlich dafür, das demokratische Gemeinwesen und die Identifikation mit diesem zu unterstützen und sich vor Ort in der Wahrnehmung und Übernahme von Verantwortung einzubringen.

Das Ziel, allen jungen Menschen gleichberechtigt die Teilhabe an den für sie wichtigen gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen des Aufwachens, sowie an den altersgemäßen Angeboten der Jugendarbeit von Freizeit, Kultur, Sport, Geselligkeit und Freiräumen zu ermöglichen, steht ganz oben auf der Agenda der Landesregierung. Damit wird deutlich, dass gleiche Chancen nicht nur auf der formalen Bildung in unseren Schulen beruhen, sondern gesellschaftliche Zugänge und die persönliche Sozialisation auch über außerschulische Institutionen und Angebote erfolgen.

Dies gilt insbesondere für die ländlichen Räume, wo die Herausforderungen und Folgen des demografischen Wandels bereits deutlich zu spüren sind. Auch die sozialstrukturellen Besonderheiten in den urbanen Räumen, unter anderem die höhere Armutsgefährdung, vor dem Hintergrund ungleicher sozialer Lagen von Kindern und Jugendlichen, sowie bestehender materieller Benachteiligungsstrukturen, werden berücksichtigt. Mit Hilfe der regelmäßigen Analysen im Rahmen des Kinder- und Jugendberichtes Rheinland-Pfalz werden regionale Unterschiede erkannt und dadurch wichtige Erkenntnisse zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse gewonnen.

Durch die Entwicklung der eigenständigen Jugendpolitik und durch die Jugendstrategie „JES! Jung. Eigenständig. Stark.“ wird in Rheinland-Pfalz die Unter-

stützung aller jungen Menschen für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe besonders in den Blick genommen. Die Jugendstrategie JES! zielt darauf ab, dass sich Jugendliche in der Gesellschaft aufgehoben, ernst genommen und respektiert fühlen und somit Perspektiven für ein gutes und eigenständiges Leben entwickeln können. Einer der Schwerpunkte der Jugendstrategie JES! ist die Jugendarbeit im ländlichen Raum. Die Befunde aus dem 3. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung machen deutlich, dass die Fördermittel zur Stärkung der „Jugendarbeit auf dem Land“ und „mobiler Ansätze“ eine zielgerichtete Verwendung finden.

Dies ermöglicht eine individuelle und an den spezifischen Bedarfslagen vor Ort ausgerichtete Jugendpolitik. Gerade mit Blick auf die Erfahrungen von Corona und vor dem Hintergrund der aktuellen ökonomischen und sozialen Krise in der Folge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine, sowie den daraus resultierenden Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben und auf das Leben von Kindern und Jugendlichen, sind die Bedarfslagen nochmals genau anzusehen und zu bewerten.

Kinder und Jugendliche sind Expert:innen in eigener Sache und sollen mitbestimmen, wie ihre Welt aussehen soll. Sowohl der 3. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz als auch die Befragung „Jugend in Zeiten von Corona“ des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration während des Lockdowns zeigen steigende Tendenzen im Wunsch nach mehr gesellschaftspolitischer Teilhabe bei jungen Menschen.

In Rheinland-Pfalz werden bereits vielfältige Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen unterstützt. Die Einrichtung eines Jugendbeirats auf Landesebene wird im nächsten Jahr angegangen werden.

Darüber hinaus ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den Entscheidungen der Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz Grundpfeiler eines demokratischen Zusammenlebens. Kommunen sollen dafür Kinder und müssen Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Der entsprechende Gesetzesentwurf wurde hierzu bereits eingebracht. Weiter bedarf es der gelebten Verankerung von Beteiligungs- und Partizipationsprozessen in den kommunalpolitischen Strukturen, Gremien und Verwaltungen. Dies schließt neben der grundsätzlichen Sensibilisierung von Kommunalpolitik auch die Unterstützung und Beratung kommunaler Entscheider:innen und Verwaltungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten ein.

Das vielfältige Engagement und Verantwortungsbewusstsein junger Menschen in großen aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen zeugt vom Willen nach politischer Beteiligung. Den 16- und 17-Jährigen wird aber die Ausübung des aktiven Wahlrechts in Rheinland-Pfalz verwehrt, obwohl sie sich längst politisch engagieren. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wurde diesbezüglich der Gesetzesentwurf für das Wählen ab 16 Jahren bei Kommunal- und Landtagswahlen eingebracht.

Dafür machen wir uns stark, weil wir der festen Überzeugung sind, dass Jugendliche, die von politischen Zukunftsentscheidungen massiv betroffen sind, auch die Möglichkeit haben müssen, diese mit beeinflussen zu können. Hier ist die Absenkung des Wahlalters ein wesentlicher Beitrag.

II. Der Landtag begrüßt,

- die Förderung der Jugendstrategie des Landes „JES! Jung. Eigenständig. Stark. – Dialog neue eigenständige Jugendpolitik Rheinland-Pfalz – auf dem Weg zu einem Bündnis für und mit der Jugend“;
- die geplante Einrichtung eines Jugendbeirats auf Landesebene – dabei sollen die entsprechenden Jugend selbstvertretungen wie zum Beispiel der Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen, die Landesschüler:innenvertretung und der Landesjugendhilferat aber auch der Landesjugendring und die Sportjugend eingebunden werden;
- den Ausbau von Beteiligungsrechten in den Kindertagesstätten und den Schulen unseres Landes;

- die Förderung der Demokratiepädagogik im Rahmen der frühkindlichen Bildung und der Demokratiebildung in den Schulen;
- dass die Geschäftsstelle des Dachverbands kommunaler Jugendvertretungen in Rheinland-Pfalz finanziell gestärkt wird;
- den Ausbau der digitalen Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit sowie der Jugendverbandsarbeit mit Hilfe des Digitalförderprogramms;
- die Beteiligung junger Menschen im Prozess der Kulturentwicklungsplanung;
- dass die Landesregierung bereits einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt hat, mit welchem unter anderem die Beteiligungs-, Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten junger Menschen an den Entscheidungen der Städte und Gemeinden gestärkt werden sollen;
- das Förderprogramm „Zukunft durch Kultur“ zur generationsübergreifenden Stärkung der Kultur im ländlichen Raum;
- das Beteiligungsprojekt für Kinder und Jugendliche beim Wiederaufbau im Ahrtal, „Aufwind – Deine Chance Ahrtal“;
- die Schwerpunktsetzung „Jugendbeteiligung“ im Rahmen des kommenden 4. Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz;
- den sukzessiven Ausbau der Erfolgsprojekte „Freiwilliges Soziales Jahr“ (FSJ) sowie „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ (FÖJ);
- den Beschluss der Bundesregierung, die Teilnahme an der Europawahl ab 16 Jahren zu ermöglichen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die bewährten Förderungen zur Beteiligung junger Menschen konsequent weiterzuführen, unter anderem die Unterstützung kommunaler Jugendvertretungen, die Förderung des Dachverbandes der kommunalen Jugendvertretungen und seiner Geschäftsstelle sowie die Förderprogramme im Rahmen der Umsetzung der Landesjugendstrategie JES!;
- die Jugendarbeit der Kommunen, Verbände und der Vereine weiter zu unterstützen und das Ehrenamt und dessen wichtige Funktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Infrastruktur vor Ort im Zusammenwirken mit den Beteiligten (zum Beispiel Kommunen, Landesjugendring, Vereinsorganisationen, Sportverbände u. s. w.) zu sichern. Nicht zuletzt die ehrenamtlich geführten Vereine sollen weiterhin bei der Sicherung ihrer Angebote und der Organisation und Bindung ihrer Mitglieder – hier der Kinder und Jugendlichen – eine Hilfestellung erhalten;
- Jugendtreffs als wichtige Anlaufstelle der Begegnung für Kinder- und Jugendliche, der Jugendbeteiligung, des kulturellen Austausches und der kreativen Entwicklung, sowie der Gestaltung des sozialen Umfeldes auch in Zukunft zu fördern;
- die Beteiligung von Pflegekindern und die Stärkung ihrer Selbstvertretungsmöglichkeiten ähnlich wie bei der Heimerziehung und dem Landesjugendhilferat zu fördern;
- die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der aktuellen ökonomischen und sozialen Krise in der Folge der Inflation und der Energiekrise auf das Ehrenamt, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit zu analysieren und geeignete Maßnahmen zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements und zur Sicherung der Kontinuität der Angebote der Jugendarbeit zu entwickeln. Die Jugendverbände und die in der Jugendarbeit, sowie der außerschulischen Bildung tätigen Träger bedürfen vor diesem Hintergrund der Unterstützung und der finanziellen und organisatorischen Absicherung über Haushaltsmittel aller staatlichen Ebenen (Bund, Land und Kommune);
- sich weiterhin für die Stärkung der Freiwilligendienste für junge Menschen einzusetzen;

- sich auf Bundesebene gegen die Einführung eines verpflichtenden Dienstjahres für Jugendliche stark zu machen;
- das Augenmerk auch auf sozial benachteiligte junge Menschen zu richten und insbesondere „junge Pflegende“ das heißt, Jugendliche, die ihre Eltern pflegen, verstärkt in den Fokus der Aufmerksamkeit durch geeignete Maßnahmen zu rücken, um diese besondere und unter extremer Belastung stehende Personengruppe nicht aus dem Auge zu verlieren und ihre soziale und gesellschaftliche Teilhabe zu sichern;
- sich bei der Ausgestaltung des Demokratiefördergesetzes einzubringen und im Rahmen von „Demokratie leben“ für eine fortwährende Absicherung von Projekten zur Extremismusprävention einzusetzen, wie zum Beispiel die „Mobile Beratung gegen Rechts“;
- weiter im Dialog und im Austausch mit den betrieblichen Interessenvertretungen und Sozialpartnern zu sein und gemeinsam mit den Unternehmen, den Gewerkschaften und Jugendauszubildendenvertretungen (JAVen) die betriebliche Mitbestimmung von Auszubildenden als Teil des demokratischen Engagements im Betrieb zu stärken;
- das politische Engagement von Jugendlichen zu fördern und Plattformen zu unterstützen, die den Kontakt und den Austausch von Jugend und Politik auf einer verbindlichen und kontinuierlichen Basis ermöglichen. Dazu gehört auch im Sinne der Motivation für ein politisches Engagement das Aufzeigen und Vermitteln der Möglichkeiten sich politisch und somit demokratisch zu engagieren über alle Schulformen hinweg.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber